Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8927**

14. Wahlperiode 25. 04. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Johannes Singhammer, Karl-Josef Laumann, Maria Eichhorn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4645 –

Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme öffentlich machen

A. Problem

Den vielfältigen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme, auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand, auf die Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, Infrastruktur und die öffentlichen Finanzen kann nach Ansicht der Antragsteller nur durch eine nachhaltige Politik für Familien entgegengewirkt werden. Das immer größer werdende Ungleichgewicht zwischen Kinderlosen und Familien führe zu einer faktischen Aufkündigung des Generationenvertrages. Deshalb blieben die angedachten und bisherigen Reformen in der Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung ohne eine zukunftsgerichtete Familienpolitik nur Stückwerk. Allein Zuwanderung würde das demographische Problem nicht lösen. Nach Modellberechnungen der Vereinten Nationen wäre eine jährliche Zuwanderung von 3,4 Millionen Personen nach Deutschland nötig, damit die zahlenmäßige Relation der 15- bis 64-Jährigen zu den über 64-Jährigen konstant bliebe. Eine Zuwanderung einer solchen Größenordnung würde die deutsche Bevölkerung überfordern.

B. Lösung

Aufforderung an die Bundesregierung, in einem bis zum Jahr 2001 vorzulegenden Bericht an den Deutschen Bundestag, die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme offen zu legen und dabei konkrete Schlussfolgerungen und Vorschläge zu einer nachhaltigen, familienorientierten Politik, für eine bessere Realisierung des Kinderwunsches der Eltern und zur Reformierung der sozialen Sicherungssysteme zu benennen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/4645.

D. Kosten

Der Ausschuss hat auf eine Kostenerörterung verzichtet.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/4645 – abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2002

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett	**Ekin Deligöz**
Vorsitzende	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ekin Deligöz

I. Beratungsverlauf

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner 141. Sitzung am 8. Dezember 2000 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4645 in erster Lesung beraten und dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Gesundheit, dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat auf der 66. Sitzung am 7. November 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/4645 zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat auf der 88. Sitzung am 7. November 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/4645 zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat auf der 125. Sitzung am 27. Februar 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung der Anträge auf Drucksachen 14/7155 und 14/7782 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat auf der 113. Sitzung am 7. November 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4645 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat auf der 57. Sitzung am 14. März 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4645 zu empfehlen.

Der federführende **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat auf seiner 101., 104., 105., 107. und 129. Sitzung am 10. und 17. Oktober, 7. und 14. November 2001 und 24. April 2002 die Vorlage beraten. Als Ergebnis empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4645.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, in einem bis zum Jahr 2001 vorzulegenden Bericht an den Deutschen Bundestag die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme offen zu legen und dabei konkrete Schlussfolgerungen und Vorschläge zu einer nachhaltigen, familienorientierten Politik, für eine bessere Realisierung des Kinderwunsches der Eltern und zur zielgerichteten Reformierung der sozialen Sicherungssysteme zu benennen. Nur durch eine nachhaltige Politik für Familien kann nach Ansicht der Antragsteller den vielfältigen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme, auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand, auf die Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, Infrastruktur und die öffentlichen Finanzen entgegengewirkt werden. Das immer größer werdende Ungleichgewicht zwischen Kinderlosen und Familien führe zu einer faktischen Aufkündigung des Generationenvertrages. Deshalb blieben die angedachten und bisherigen Reformen in der Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung ohne eine zukunftsgerichtete Familienpolitik nur Stückwerk. Allein Zuwanderung würde das demographische Problem nicht lösen. Nach Modellberechnungen der Vereinten Nationen wäre eine jährliche Zuwanderung von 3,4 Millionen Personen nach Deutschland nötig, damit die zahlenmäßige Relation der 15- bis 64-Jährigen zu den über 64-Jährigen konstant bliebe. Eine Zuwanderung einer solchen Größenordnung würde die deutsche Bevölkerung überfordern.

III. Ausschussberatungen

Die Mitglieder der SPD-Fraktion betonten, dass der Antrag gegenstandslos geworden sei. Im Übrigen sei die Aussage der CDU/CSU-Fraktion falsch, die Enquete-Kommission benenne ähnliche Forderungen wie der Antrag. Es mache einen deutlichen Unterschied, ob die demographische Entwicklung und die daraus resultierenden Probleme in einem Einzelbericht, wie in dem Antrag gefordert, dargestellt oder integriert in die bestehenden Berichterstattungen eingebaut würden. Letzteres habe die Enquete-Kommission beschlossen und sei Gegenstand des fraktionsübergreifenden Entschließungsantrages.

Die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion erklärten, die demographische Entwicklung sei die dramatischste und revolutionärste Herausforderung, vor der die Sozialversicherungen stünden. Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel, Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ habe dieses Thema ebenfalls sehr ausführlich diskutiert und komme zu ähnlichen Ergebnissen und Forderungen.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertraten die Auffassung, dass mit der umfassenden Diskussion des Themas im Deutschen Bundestag anlässlich des Berichts der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel, Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ und des fraktionsübergreifenden Entschließungsantrages zu ihm der Antrag überholt und erledigt sei.

Auch die Mitglieder der FDP-Fraktion äußerten die Ansicht, dass für die Verabschiedung dieses Antrages kein Grund bestehe. Das Thema werde im Deutschen Bundestag anlässlich des Berichtes der Enquete-Kommission diskutiert.

Die Mitglieder der PDS-Fraktion erklärten, der Antrag sollte zurückgenommen werden. Die Forderung nach einem Bericht im Jahr 2001 sei schon zeitlich überholt. Auch inhaltlich sei der Antrag falsch angelegt. Die Probleme einer alternden Gesellschaft müssten gründlicher und vor allem angstfreier behandelt werden als wie in dem Antrag vorgenommen. Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission sei dafür das Gegenbeispiel.

Berlin, den 24. April 2002

Ekin Deligöz
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333